

A N F R A G E von Erika Zahler (SVP, Boppelsen) und Astrid Furrer (FDP, Wädenswil)

betreffend Der Notfall wird zum Notfall

Nicht erst seit heute ist bekannt, dass im Gesundheitswesen der Notfalldienst überstrapaziert wird. Immer mehr Bürger gehen bei gesundheitlichen Problemen, die nicht echte Notfälle sind, sondern unter die Kategorie «Bagatellen» fallen, direkt in den Notfall. Laut Gesetz ist der Notfall verpflichtet, alle eintretenden Patienten zu behandeln. Die Notfallabteilungen platzen so fast aus allen Nähten. Durch diese Verlagerung in den Notfall braucht es dort immer mehr Personal, welches in anderen Abteilungen eingesetzt werden könnte.

Bereits vor ca. 10 Jahren wurde den Behördenmitgliedern des Züricher Unterlandes in einem Regionaltreffen/-Aussprache diese Entwicklung mitgeteilt. Die Vertreter von verschiedenen Notfallinstitutionen, wie Spitäler, 144 und Schutz & Rettung, zeigten uns die Fehlentwicklung bereits damals auf. Nun hat sich die Situation sogar noch markant verschärft. Der Notfall soll ausschliesslich den Notfällen vorbehalten sein und nicht für bequeme und schnelle Behandlungen ausgenutzt werden.

Aufgrund dieser Sachlage und den heutigen Erkenntnissen bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Welche Entwicklung stellt der Regierungsrat fest (wir bitten um eine tabellarische Aufstellung, wie sich die Notfallzahlen in den letzten 4 Jahren entwickelt haben)?
2. Inwiefern ist ein im Notfall behandelter «Bagatellfall» nicht kostendeckend?
3. Wie hoch sind die entgangenen Entschädigungen der Spitäler?
4. Ist auch ein Trend feststellbar, dass das «144» vermehrt unnötig wegen «Bagatellfall» gerufen wird?
5. Welche Aufklärungsarbeit macht der Regierungsrat, um die Bevölkerung zu sensibilisieren, was als Notfall, der eine Spitaleinlieferung notwendig macht, bezeichnet werden kann?
6. Wo und wie sind die Fachleute im Gesundheitsbereich aufgefordert, den Patienten das Hausarzt- und Notfallsystem näher zu bringen?
7. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit die aktuelle Situation (Überlastung der Notfallabteilungen) entschärft wird?

Erika Zahler
Astrid Furrer